

Februar 2022

# Impfpflicht

FACHLEUTE AUS DEN BEREICHEN MEDIZIN, ETHIK,  
THEOLOGIE UND RECHT BIETEN ÜBERLEGUNGEN  
UND PRAKTISCHE VORSCHLÄGE FÜR DIE KIRCHE

## Status Quo

### Autorität des Staates und persönliche Rechte:

- Der Schutz der öffentlichen Gesundheit ist nicht die einzige Aufgabe des Staates
- Es muss ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und dem Schutz der persönlichen Freiheit und Rechte bestehen
- In Krisenzeiten können die persönlichen Freiheiten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit eingeschränkt werden

### Die Bedeutung von Gesundheitsdiensten:

- Ein funktionierendes Gesundheitswesen ist entscheidend für das Funktionieren der Gesellschaft im Allgemeinen

### Wahrheit, Lügen und soziale Medien:

- Informationen und Fehlinformationen sind im Internet weit verbreitet
- Das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen hat insgesamt abgenommen
- Ein gemeinsames Verständnis von "Wahrheit" ist entscheidend

## Was kann empfohlen werden?

REPORT BY JASPER KNECHT  
POSTER BY STEFANIA KNECHT

## Schlussfolgerungen und praktische Vorschläge

Gegenwärtig hat der Notstand noch nicht die Schwelle zur Einschränkung der persönlichen Freiheiten erreicht. Die Kirche sollte also einen Mittelweg beschreiten:

- **die freiwilligen Impfungen** auf der Grundlage der Nächstenliebe, des Beitrags zum reibungslosen Funktionieren der Gesellschaft und der Unterstützung des Staates bei der Betreuung der Bedürftigen fördern
- **die Pflichtimpfung** aufgrund des fehlenden Schutzes der bürgerlichen Freiheiten und der Auswirkungen von Geldbußen auf Familien mit begrenzten Mitteln **ablehnen**

Den Impfterweigerern aus Gewissensgründen wird die Frage gestellt:

**"Wie stellen Sie sich aufopferungsvoll in den Dienst Ihrer Gemeinschaft?"**

## Beitragende

Prof. Dr. J. Wyatt, Medizinethik und Medizin (Neonatologie) (UK)  
Dr. A. Turkanik, Biblical Studies & Public Theology (AT)  
Dr. D. Miner, Medizin (Pulmonologie) (AT)  
Dr. M. Wieser, Medizin (Dermatologie) (AT)  
Dr. J. Chaplin, Public Theology & Political Theory (UK)  
Dr. D. McIlroy, Recht und Theologie (UK)  
Dr. M. Magelssen, Medizin & medizinische (klinische) Ethik (NO)  
Dr. J. Knecht, Kirchengeschichte und Theologie (NL/UK)

# Impfpflicht

FACHLEUTE AUS DEN BEREICHEN MEDIZIN, ETHIK, THEOLOGIE UND RECHT BIETEN  
ÜBERLEGUNGEN UND PRAKTISCHE VORSCHLÄGE FÜR DIE KIRCHE<sup>1</sup>

## Bericht

Am Montag, den 10. Januar 2022, organisierte und veranstaltete das Quo Vadis Institut eine Fokusgruppe mit dem Ziel, die (medizin-)ethischen, rechtlichen und theologischen Fragen im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Impfpflicht in einigen europäischen Ländern eingehender zu erörtern.

### STATUS QUO

Im November 2021 kündigte die österreichische Regierung an, dass ab dem 1. Februar 2022 ein allgemeines Impfmandat in Kraft treten würde - was nun auch geschehen ist. Das Mandat gilt für alle Bürger über 18 Jahren, mit Ausnahmen für Schwangere und Personen, die aus medizinischen Gründen von der Impfpflicht befreit sind<sup>2</sup>. Bei Nichteinhaltung können alle drei Monate Bußgelder in Höhe von bis zu 3600 EUR verhängt werden. Neben der Geldstrafe könnte die vorgeschlagene Gesetzgebung auch die Möglichkeit einer umfassenderen strafrechtlichen Verfolgung beinhalten und somit Auswirkungen auf die Wohnungs- und Arbeitsplatzsicherheit haben und den allgemeinen Zugang zum öffentlichen Raum einschränken. Angesichts dieser Gesetzesänderung - und ähnlicher, die derzeit in Deutschland vorgeschlagen oder untersucht werden - stellt sich eine Fülle unterschiedlicher, aber miteinander verbundener Fragen. Viele davon betreffen das richtige Verständnis der Autorität des Staates und des Gehorsams gegenüber dem Staat, das Wesen des Gemeinwohls, die Aufforderung zur Nächstenliebe, die Möglichkeit und Notwendigkeit persönlicher und kritischer Reflexion, die dem eigenen Gewissen und Glauben Raum gibt, das Gleichgewicht zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Verantwortung und die entscheidende Notwendigkeit, die Schwachen in unseren Gesellschaften zu schützen. Dieser Bericht enthält eine kurze Zusammenfassung einiger der wichtigsten erwogenen Punkte, beginnend mit einigen grundlegenden Überlegungen und Parametern, gefolgt von einigen praktischen Vorschlägen, wie die Kirche in dieser Zeit eine konstruktive Haltung einnehmen kann.

### AUTORITÄT DES STAATES UND PERSÖNLICHE RECHTE

Der Schutz der öffentlichen Gesundheit ist eine der Hauptaufgaben jeder Regierung. Allerdings ist die öffentliche Gesundheit - so wichtig sie auch ist - nicht die einzige zentrale Aufgabe. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheitsrechte und das Recht auf körperliche Unversehrtheit seiner Bevölkerung zu schützen, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, ein Umfeld zu schaffen, in dem Handel und Unternehmen florieren können, und öffentliche

---

<sup>1</sup> Gemeint sind alle anerkannten christlichen Kirchen und Bekenntnisgemeinschaften.

<sup>2</sup> Ricarda Opic, "Was der Gesetzesentwurf zur Impfpflicht vorsieht", published in Der Standard [5.12.2021]: <https://www.derstandard.at/story/2000131683084/gesetzesentwurf-zur-impfpflicht-strafen-bis-600-euro-alle-drei-monate>; Zia Weise, "Austria's vaccine mandate to apply from February 1", published in Politico [16.1.2022]: <https://www.politico.eu/article/austrias-vaccination-mandate-to-apply-from-february-1/>.

Dienstleistungen wie Verkehr, Wasser, Strom und internationale Kommunikation bereitzustellen. Der Staat ist also ständig gefordert, die Auswirkungen seines Handelns in Bezug auf all diese Aspekte abzuwägen.

Daher steht diese Aufgabe des Schutzes der öffentlichen Gesundheit in ständigem Dialog mit den persönlichen Freiheiten und Rechten: Freizügigkeit, Versammlungsrecht, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Recht auf Verweigerung der medizinischen Behandlung usw. Würden diese Rechte nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Schutzaufgaben des Staates stehen, könnte man sich leicht eine Situation vorstellen, in der der Staat immer diktatorischer mit seinen Aufträgen und Vorschriften wird. Da sowohl die Notwendigkeit des Schutzes der öffentlichen Gesundheit als auch die Bürgerrechte im Gespräch sind, wäre in Krisenzeiten eines von zwei Szenarien möglich: Entweder arbeitet der Staat nicht mehr daran, die öffentliche Gesundheit wirksam zu fördern und anzustreben - zugunsten der Wahrung der individuellen Rechte -, oder die persönlichen Rechte werden bis zu einem gewissen Grad ausgesetzt oder eingeschränkt.

Da das erste Szenario nicht wünschenswert ist, müssen wir anerkennen, dass die bürgerlichen Freiheiten nicht absolut sind: Wenn die Gesundheitskrise ernst genug ist, sind Situationen denkbar, in denen die Regierung in weitreichender Weise die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung einschränkt, invasive medizinische Behandlungen (wie eine Impfung) verlangt und das Versammlungsrecht einschränkt.

Eine solche Entscheidung darf jedoch nicht leichtfertig getroffen werden und sollte ein klares und erkennbares Ergebnis haben, das tatsächlich ein katastrophales Massensterben abwendet oder das ordnungsgemäße Funktionieren des öffentlichen Lebens erheblich beeinträchtigt. Ein absoluter Schwellenwert kann nicht angegeben werden, aber bei der Abwägung zwischen den grundlegenden Aufgaben des Staates (einschließlich der bürgerlichen Freiheiten und der öffentlichen Gesundheit) und der Schwere der Gesundheitskrise kann eine solche Entscheidung getroffen werden.

## DIE BEDEUTUNG DER GESUNDHEITSDIENSTE

Die Diskussionen drehen sich derzeit hauptsächlich um Infektionsraten und Krankenhausaufenthalte. Ein wichtiger Aspekt der gesamten Situation, der gebührend gewürdigt werden sollte, ist die zentrale Rolle, die unsere Gesundheitsdienste für das reibungslose Funktionieren unserer Gesellschaften spielen. Das Gesundheitswesen hält die Menschen am Arbeitsplatz, sorgt dafür, dass die Menschen länger leben, und ist somit eine der Grundvoraussetzungen für unsere heutigen Gesellschaften. Ein Versagen des Gesundheitswesens würde schnell dazu führen, dass viele weitere Dienstleistungen ausfallen (Verkehr, Wasser, Strom, Bürokratie, Schulen, Unterhaltung usw.), da den Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, nicht geholfen werden kann und sie daher nicht arbeiten können. Es ist schwierig, dieses Konzept in der Praxis anzuerkennen, aber die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitswesens ist wirklich von grundlegender Bedeutung - daher ist es eine äußerst wichtige Aufgabe der Regierungen, das Gesundheitswesen zu schützen.

## WAHRHEIT, LÜGEN UND SOZIALE MEDIEN

Ein letzter Punkt ist das Vorhandensein riesiger Mengen an Fehlinformationen im Internet und in verschiedenen Medienkanälen. Es ist eine Tatsache, dass das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen - z. B. in die Regierung, die Medien und die Wissenschaft - im Laufe der Zeit drastisch abgenommen hat. Aufgrund dieser Kombination aus Misstrauen und Fehlinformationen fällt es den Bürgern immer schwerer zu unterscheiden, was "wahr" und was "falsch" ist. Das Fehlen dieser Grundvoraussetzung für eine öffentliche Debatte macht das Gleichgewicht, das die Regierungen zwischen ihrem Bedürfnis, die Gesundheitsdienste zu schützen, und der möglichen Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten herzustellen versuchen, zu einer Herausforderung. In diesem Zusammenhang darf die Rolle der sozialen Medien nicht unterschätzt werden.

## Praktische Ratschläge

- PFLICHTIMPFUNG

Was bedeutet das für uns? Unserer Meinung nach ist angesichts der nachlassenden Wirksamkeit der Impfstoffe zur Verhinderung einer Infektion mit der Omikron-Variante, der nachlassenden Schwere der Krankheit und des Zustands unseres Gesundheitswesens die Schwelle zur Einschränkung oder Minderung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und zur Aufhebung des freiwilligen Charakters der Gesundheitsversorgung noch nicht erreicht. Daher sind wir der Meinung, dass jede Regierung, die in der gegenwärtigen Situation ein generelles Impfmandat verlangt, zu weit geht. Bei der Abwägung der damit zusammenhängenden Erwägungen würde die Regierung ihre Aufgabe, die bürgerlichen Freiheiten zu schützen, zugunsten einer falschen Schlussfolgerung vernachlässigen, die sie aus den aktuellen medizinischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Zwängen zieht.

So könnte sich die Kirche zum jetzigen Zeitpunkt aus den oben genannten Gründen gegen die Impfpflicht aussprechen und die astronomische Höhe der Bußgelder beanstanden, die Familien mit knapperem Budget an den Rand der Armut treiben könnten.

Dies ist jedoch keine absolute Schlussfolgerung. Sollte eine Virusvariante auftauchen, die dieses Mal viel virulenter ist, könnte die Abwägung der Bedenken zugunsten einer Impfpflicht ausfallen.

Diese Schlussfolgerung in Bezug auf die Impfpflicht sollte nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Kirche nicht für die Vertrauenswürdigkeit der wissenschaftlichen Gemeinschaft eintreten sollte, dass sie ihre Mitglieder nicht darin anleiten sollte, zu verstehen, was wahr und was falsch ist, und dass sie die Menschen nicht ermutigen sollte, sich impfen zu lassen. Impfstoffe tragen zum allgemeinen Wohlbefinden unserer Nächsten bei, sie tragen zum reibungslosen Funktionieren der Gesellschaft bei und unterstützen somit den Staat bei der Versorgung der Bedürftigen, unserer Nachbarn in unseren Ländern.

Zum jetzigen Zeitpunkt sollten christliche Organisationen, Kirchen und Menschen daher einen Mittelweg beschreiten: Sie sollten die Pflichtimpfung ablehnen, aber die freiwillige Impfung und die Einhaltung kleinerer Maßnahmen wie das Tragen von Masken und die soziale Distanzierung, falls erforderlich, fördern.

- NÄCHSTENLIEBE

Zur Unterstützung des Aufrufs zur Impfung ist ein gemeinsamer Versuch erforderlich, um zu zeigen, dass „unser Nächster“ nicht nur die Person ist, die wir kennen und sehen können, sondern dass wir auch in der Gesellschaft insgesamt unseren Nächsten erkennen. Die Aufklärung hat uns zu der Auffassung verleitet, dass die bürgerlichen Freiheiten das höchste Gut sind, dass das Recht des Einzelnen über allem steht. Eine christliche Ethik erkennt die Bedeutung dieser Rechte an, schließt aber auch die aufopferungsvolle Liebe, den Altruismus, die Hingabe unseres Lebens für einen Freund und den Schutz der Bedürftigen ein. Diese Tugenden, die im Leben und Wirken Christi begründet sind, schließen die Möglichkeit der persönlichen Schädigung ein. Eine Neuorientierung in Bezug auf die Frage, wer unser Nächster ist, und die Wiedereinführung dieser entscheidenden christlichen Tugenden könnte eine kohärente Grundlage für die Argumentation für die Impfung bieten.

- BEITRAG ZUM GEMEINWOHL

Wenn man, aus welchen Gründen auch immer, aus Gewissensgründen gegen die Impfung ist, könnte man sich die Frage stellen, ob es andere Möglichkeiten gibt, wie der Einzelne zum Gemeinwohl beitragen kann, wie er den christlichen Tugenden der Fürsorge und der aufopfernden Liebe Gestalt verleihen kann. Wenn nicht durch die Impfung, wie sieht dann die Sorge um den Nächsten für den Kriegsdienstverweigerer aus? Könnten sie aufopferungsvoll einen Beitrag zum Gesundheitswesen, zu ihrer Gemeinschaft oder zu ihrer Kirchengemeinde leisten?

## Beitragende<sup>3</sup>:

Prof. Dr. J. Wyatt, Medizinethik und Medizin (Neonatologie) (UK)

Dr. A. Turkanik, Biblical Studies & Public (AT)

Dr. D. Miner, Medizin (Pulmonologie) (AT)

Dr. M. Wieser, Medizin (Dermatologie) (AT)

Dr. J. Chaplin, Public Theology & Political Theory (UK)

Dr. D. McIlroy, Recht und Theologie (UK)

Dr. M. Magelssen, Medizin & medizinische (klinische) Ethik (NO)

Dr. J. Knecht, Kirchengeschichte & Theologie (NL/UK) | Bericht

---

<sup>3</sup> Wir sind uns bewusst, dass Frauen in dieser Runde unterrepräsentiert sind. Wir werden uns bemühen, dies bei künftigen Zusammenkünften auszugleichen.